



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/108 - 11. Mai 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 81-33
Fernschreiber 0 886 890

Wieder eine Aufsehen erregende Churchill-Rede	S. 1
Brüssel, Pankow und Moskau	S. 3
Pläne beim Ostberliner Rundfunk	S. 5
Staatssekretär Wandersleb und das "Provisorium Bonn"	S. 6

Kühn und doch realistisch

sp. Der Vorschlag Sir Winston Churchills, das "neue Russland" sollte sich "dem grossen Bündnis der europäischen Mächte in Verbindung mit Kanada und den USA" anschliessen, entspricht dem großzügigen und auch vor überraschenden Wendungen nicht zurückschreckenden Denken dieses Mannes. Die Idee wird viel Staub aufwirbeln, obwohl sie nicht ganz so neuartig ist, wie sie auf den ersten Blick vielleicht erscheinen mag.

Anfang April 1954 hatte die sowjetische Regierung an die drei Westmächte gleichlautende Noten gerichtet, die sich auch mit dem Verhältnis der Sowjetunion zur NATO befassten. Molotow lehnte damals die These, die NATO sei ein Defensiv-Bündnis, mit der Begründung ab, der Nordatlantik-Vertrag schaffe eine exklusive Staatengruppierung, und da von den Grossmächten, die einmal zur Anti-Hitler-Koalition gehörten, allein die Sowjetunion daran nicht beteiligt sei, müsse man auf eine gegen die Sowjetunion gerichtete aggressive Absicht schliessen. Falsch war die Interpretation "aggressiv", richtig die "gegen die Sowjetunion" - nämlich defensiv. Die Sowjets erklärten sich dann aber in der Note bereit, "gemeinsam mit den interessierten Regierungen die Frage einer Beteiligung am Nordatlantikkpakt-Vertrag zu erörtern." Darüber hinaus war von Massnahmen die Rede, "um eine Situation herbeizuführen, in der Bedingungen geschaffen würden, die die Einbeziehung des einen oder des anderen Teiles Deutschlands in militärische Gruppierungen unmöglich machte." Abschliessend hiess es: "In diesem Fall würde die Organisation des Nordatlantik-Vertrages aufhören eine exklusive Staatengruppierung zu sein, sie würde anderen europäischen Staaten offenstehen, was neben der Schaffung eines wirksamen

kollektiven Sicherheitssystem in Europa von grösster Bedeutung für die Festigung des Weltfriedens wäre."

Churchill hat jetzt davon gesprochen, "wie tief und aufrichtig die russischen Befürchtungen wegen der Sicherung ihrer Heimat gegen eine Invasion von aussen sind" und hinzugefügt, in einer wahren Einheit Europas müsse Russland seine Rolle erhalten. Er unterstrich schliesslich, dass auf dem von ihm skizzierten Wege viele politische Probleme, darunter das der deutschen Wiedervereinigung, leichter gelöst werden könnten, als wenn feindliche Blöcke mit Misstrauen und Feindschaft gegenüberstehen." - Der Kanzler ist in seiner Erwiderung auf diesen interessantesten Teil der Rede des grossen britischen Staatsmannes nicht eingegangen, obwohl nach den vorliegenden Informationen der Text der Churchillischen Ausführungen ihm schon am Vorabend vorgelegen haben soll.

So prononcierte politische Äusserungen eines Mannes wie Churchill haben auch heute noch, obwohl er nicht mehr Regierungschef ist, grosses Gewicht. "Die phantasievolle Konzeption Sir Winston Churchills liegt jedoch" - schrieb die "Times" in einem ersten Kommentar - "jenseits des Gesichtskreises jener, die jetzt für die Aussenpolitik der Bundesregierung verantwortlich sind. In Bonn hat es kein Vorrücken seit Genf gegeben. Wiedervereinigung und Sicherheit werden noch immer der Abrüstung und einer allgemeinen Lockerung der Spannungen vorangestellt." (Oder, wie es in einer für die Truppe bestimmten politischen Aufklärungsschrift des Bundesverteidigungsministeriums heisst: "Ko-Existenz ist ein scheussliches, dem sowjetischen Jargon entsammendes Schlagwort").

In ihrem Kern ist die Idee Churchills eine Variante des Gedankens eines Systems der kollektiven Sicherheit, dessen geographisches und politisches Mittelstück Europa, dessen Hauptträger aber vor allem die USA und die Sowjetunion sein müssten. Die Idee ist eine Absage an jede Politik der Gewalt und an die nach Ansicht einer bestimmten Schule allein seligmachende Blockbildungspolitik. Dabei hat Churchill nachdrücklich unterstrichen, dass die bestehende Sicherheit ^{nicht} aufgegeben oder auch nur geschwächt werden soll. Das ist, so will uns scheinen, eine gleichzeitig kühne wie realistische Beurteilung der politischen Möglichkeiten. Wie weit die Einsichten in den beteiligten Regierungen mit solcher weitausholenden Überlegungen Schritt halten werden, ist eine andere Frage.

Ost-West-Rendezvous-Platz Brüssel

Ein Brüsseler Beobachter schreibt uns:

Der temperamentvolle Einsatz des belgischen sozialistischen Aussenministers Henri Spaak, zuerst für die EWG, die er "bis zum bitteren Ende" verteidigte und jetzt für die Sechsmächteintegration westeuropäischer Wirtschaftseinheit hat Brüssel zu einem Hauptplatz westeuropäischer Politik gemacht. Paneuroäische Tagungen und Ausschussarbeiten reissen in Brüssel nicht ab. Das hindert jedoch nicht - so merkwürdig es scheint - dass Brüssel gleichzeitig Rendezvousplatz für die verschiedensten Bemühungen zur Annäherung zwischen west- und Ostblock geworden ist. Kulturell, gewerkschaftlich, gesellschaftlich und schliesslich auch politisch finden sich in Brüssel in den letzten Jahren Osten und Westen, Sowjetblock und Westeuropa immer wieder zum Stelldichein zusammen. Diese Rolle Brüssels begann schon im letzten Jahre der christlich-sozialen Regierung. Sie ist unter der Herrschaft eines sozialistisch/liberalen Kabinetts, das eben zwei innenpolitisch unleugbar erfolgreiche Jahre hinter sich hat, noch grösser und lebhafter geworden - trotzdem gewisse sehr stark angelsächsisch betonte internationale Institutionen nervös wurden und mit dem Umzug zu dem angeblich treuwestlerischen Paris drohen.

Dank an die Königin-Witwe

Reisen belgischer Hofpersönlichkeiten, belgischer Parlamentarier und-ganz kürzlich - belgischer Gewerkschaftsführer nach Moskau oder Warschau, Gegenbesuche sowjetrussischer Parlamentarier, Festtage und Wochen des sowjetischen Tanzes, Films, Zirkus, dazu Tagungen sowjetisch bestimmter "Weltfriedensgesellschaften" finden am laufenden Band statt. Schien es manchmal, als ob diese Tändeleien zwischen Westen und Osten einseitig Werk der trotz ihres Alters tatenhungrigen Königinwitwe Elisabeth waren - übrigens eine Wittelsbacherin, die seinerzeit beim Besuch Wilhelm II. in Brüssel im Jahre 1912 die Gastgeberin spielte - wo wurde dieser vor kurzem im Senat von sozialistischer Seite feierlich der Dank für ihre Bemühungen um eine west-östliche Verständigung ausgesprochen. Politisch hat Belgien zwar Pankow nicht anerkannt, aber in einem der vornehmsten Hotels der Stadt, das sich ausgerechnet "Albert I." nennt, haust seit drei Jahren eine immer zahlreicher werdende Handelskommission der Sowjetzone, die sich wie eine regelrechte diplomatische Vertretung gebärdet. Zwar schliesst sie ihre "Handelsverträge" nur "privat" mit dem bel-

11.5.1956

gischen Industriellenverband ab, aber man darf davon ausgehen, dass in diesem kein Wort steht, das vom belgischen Aussenhandelsministerium nicht gebilligt wurde. Schon im Vorjahre war die Sowjetzone einer der grössten Aussteller auf der Brüsseler Messe; in Leipzig tritt Belgien nicht nur als grösster westeuropäischer Beschicker auf, sondern winkt sogar mit dem Kongo, über den man gegenüber der Bundesrepublik bei Handelsveranstaltungen nicht gern spricht.

Rendezvous pflegen mitunter nicht nur rosig liebevoll zu verlaufen. Besonders nicht, wenn eigentlich noch ein Dritter Ansprüche erhebt. So hat das diesmalige Auftreten der deutschen Sowjetzone, die mit riesigem Ausstellungsmaterial und rund 300 Mann auf der gegenwärtigen Brüsseler Messe erschien, diplomatisch-gesellschaftlichen Anstoss erregt. Mit einiger Berechtigung wurde von bundesdeutscher Seite indirekt die Frage gestellt, wen denn Brüssel eigentlich als deutscher Vertreter anerkennt, die Bundesrepublik oder die "Deutsche Demokratische" alias Sowjetzone. Auf der anderen Seite erinnerte ein eigens zur Messe herbeigeeilter Sowjetzonenminister vorwurfsvoll daran, dass man die Sowjetzone noch nicht eingeladen hätte, an der Brüsseler Weltausstellung 1958 teilzunehmen..... Hinzykommt, dass Sowjetrussland seine eigene Beschickung zur Weltausstellung davon abhängig mache, dass auch alle seine "befreundeten Mächte" eingeladen würden.

Anerkennung Pankows?

Aus dem Stelldichein ist Ernst geworden. Aus der kulturellen Tändelei der Wittelsbacherin, aus den "gegenseitigen Informationsreisen" der belgischer und sowjetrussischen Parlamentarier, aus dem "Privatbesuch" Moskaus durch den zweiten Generalsekretär des belgischer Gewerkschaftsbundes hat Moskau eine hochpolitische Forderung gemacht: die Anerkennung der Sowjetzone als zweiten gleichberechtigten deutschen Staat in der "Hauptstadt Europas", wie ehrgeizige politische Kreise Brüssel gern genannt hören. Man kann gespannt sein, wie Brüssel seine offizielle westeuropäische Kleineuropapolitik mit diesem inoffiziellen aber deutlichen Ultimatum Moskaus in Übereinstimmung bringen wird. Betraf vielleicht das Bekenntnis zur "Koexistenz", das der belgische Aussenminister auf seiner kürzlichen Reise in Jugoslawien ablegte, auch die "Koexistenz", die Spaltung und das Nebeneinander zweier Deutschland?

Rendezvous sind eine schöne Sache, aber sie könnten bitterer Ernst werden. Auch für den Dritten.

"Programmdirektor" v. Schnitzler

sp. So wenig die Pankower politische Führung bisher bereit ist, innerpolitischem Gebiet im Sinne der Entstalinisierung echte Konzessionen zu machen, wie sie etwa in der Wiederherstellung einer echten innerparteilichen Demokratie zu erblicken wären, so sehr versucht man in der Anbahnung von Beziehungen nach aussen eine entstalinisierte Taktik anzuwenden. Aber gerade dort, wo Pankow durch Taten, die an keine politischen Bedingungen geknüpft sind, eine echte Gesinnungswandlung beweisen müsste, verfällt man in den alten Ton der Drohungen, wie z.B. bei dem durchsichtigen Versuch, den Parteivorstand der SPD zur Auflösung des Ostbüros zu veranlassen, um als Gegenleistung die Freilassung der verhafteten Sozialdemokraten in der Zone anzubieten.

Zur neuen Taktik des weichen Kurses gehören auch personelle Umbesetzungen im Ostberliner Rundfunk. Seit einigen Tagen fungiert der bekannte Chef-Kommentator, Herr v. Schnitzler, als Programmdirektor. Aus der absteigenden Linie, auf der sich v. Schnitzler seit längerer Zeit befand, ist plötzlich ein steiler Aufstieg geworden. Das politische Mißtrauen, das diesem Pankower Rundfunkmann vor der Entstalinisierung vom ZK der SED entgegengebracht wurde und das in einigen Versuchen zum Ausdruck kam, Herrn v. Schnitzler abzuschliessen, ist über Nacht zu einem demonstrativen Vertrauensbeweis geworden. Ohne Zweifel ist hier die Überlegung im Spiel, das der Kurswert des neuen Programmdirektors im Westen noch etwas gilt. Schliesslich hat ja Herr von Schnitzler während seiner Kriegsgefangenschaft in England und während seines Aufenthalts in Wilton-Park Bekanntschaften machen können, die sich heute, so glaubt man offensichtlich, vielleicht zum Nutzen des SED-Regimes auswerten lassen.

Die Pläne, die der neue Programmdirektor im Ostberliner Rundfunk verfolgt, deuten auf solche Überlegungen hin. Herr von Schnitzler möchte nämlich politische Streitgespräche an Runden Tisch zwischen Pankower und Bundesrepublikanischen Publizisten arrangieren, die er dann - großzügig wie das Pankower Regime sich heute gibt - über den östlichen Fernsehfunk zu verbreiten bereit ist. Wohlgenemerkt, der Einbau solcher Streitgespräche über aktuelle politische Probleme in die üblichen Rundfunksendungen, die ja Millionen in der Zone mithören könnten, sind Herrn Schnitzler offensichtlich zu gefährlich. Der Fernsehfunk wird in der Zone weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit betrieben, so dass

hier die Streitgespräche die Gefahr einer "feindlichen Beeinflussung" der Bevölkerung kaum mit sich bringen können. Aber man hätte eine neue Geste gemacht.

Offensichtlich ist man am Sitz des Ostberliner Rundfunks in der Malepa-Strasse in Berlin-Oberschönweide noch in einiger Verlegenheit, was die westlichen Partner dieser "Streitgespräche" betrifft. Immerhin, man hat von Ostberlin aus in westlichen Publizistenkreisen schon einige Vorstösse unternommen. "Um bürgerliche" Journalisten für das neue Anbiederungs-Unternehmen zu ködern, nennen die östlichen Verhandlungspartner die Namen bekannter westdeutscher Journalisten, die angeblich ihre Teilnahme schon zugesagt haben, wie etwa der des Chefredakteurs der "Welt", Zehrer. Aber es gibt heute auch eindeutig bewiesene Fälle, in denen die Pankower Anfrager eine Absage erhalten haben und trotzdem mit angeblichen Zusagen weiter hausieren gehen.

Die neuen taktischen Pläne des Ost-Berliner Rundfunks sind bereits so weit gediehen, dass in Kürze das erste ost-westliche Streitgespräch über den Pankower Fernsehfunks mit dem Pfarrer Mochalski als westlichen Gesprächspartner ausgestrahlt werden soll.

* * *

Keine Fehlinvestition?

sp. "Bonn hat als Bundeshauptstadt seine Bewährungsprobe bestanden." Diese erstaunliche Behauptung findet sich in einem Vortrag, den Staatssekretär Dr. Wandersleb dieser Tage vor dem Bonner kommunalpolitischen Arbeitskreis der CDU hielt. Er war von dem sichtlichen Bemühen getragen, noch nachträglich einen politischen Fehlgriff ersten Ranges zu rechtfertigen. Dr. Wandersleb gehört neben dem Bundeskanzler zu den geistigen Vätern der bundesrepublikanischen Hauptstadt, die deshalb zur Hauptstadt erkoren wurde, um im Schatten des Kölner Doms sich als provisorisches Definitivum für die Ewigkeit einzurichten.

Wie verhält sich die Wirklichkeit? Die Distanzierung von der Wahrheit begann schon beim Taufakt. Mit der Vorspiegelung falscher Tatsachen wurde seinerzeit die Option des Parlamentarischen Rats für Bonn erschlichen, mit einem gefälschten Telegramm die Zustimmung der Bundestagsmehrheit erreicht. Dr. Wandersleb versicherte damals, die Errichtung neuer Dienstgebäude erschiene nicht erforderlich, mit der Bagatelle von 3,8 Millionen DM sei der gesamte Ausbau Bonns sichergestellt. Schon - 7 -

im Sommer 1950 musste der gleiche Staatssekretär vor dem Untersuchungsausschuss zur Überprüfung der im Bonner Raum vergebenen Bausaufträge zugeben, dass aus der "Arbeitschase", die er in Bonn für die Bundesregierung hatte besorgen sollen, "mehrere Massanzüge" geworden seien. Jedermann weiss, dass es bei diesen, von "Bonnifascius" Wandersleb mit 9,5 Millionen DM in Rechnung gestellten Massanzügen nicht verblieben ist; wenn es in dem bisherigen Bautempo weitergeht, dürfte bald, alles in allem genommen, die Milliardengrenze erreicht sein. Allein der vorgesehene Riesenbau für das Bundesverteidigungsministerium verschlingt fast das Zwanzigfache des seinerzeit von Wandersleb zuerst genannten Betrages.

Über diese grandiose Täuschung der deutschen Öffentlichkeit fiel in dem besagten Vortrag nicht ein einziges Wort. Wandersleb hütete sich, Zahlen zu nennen, deren Gegenüberstellung die Kluft zwischen dem, was vor der Wahl Bonns zur Hauptstadt gesagt wurde und was seitdem geschehen ist, kress beleuchtet hätte. Die Bundesrepublikaner haben eine aus enger parteipolitischer Sicht von der CDU/CSU gefällte Entscheidung jedoch nicht nur mit vielen hundert Millionen Steuergeldern zu bezahlen. Noch schlimmer ist der angerichtete politisch-moralische Schaden. Die sozusagen für die Ewigkeit errichteten Beton- und Stahlkolosse in der angeblich provisorischen Bundeshauptstadt versperren geradezu die Strassen zur deutschen Wiedervereinigung, hier wird, wie der Schwabe Reinhold Maier es ausdrückte, die deutsche Einheit verbaut. Bonn ständige Beteuerung, es arbeite unermüdet an der Überwindung unseres gespaltenen Vaterlandes, würde jedenfalls drinnen und draussen mehr Glaubwürdigkeit finden, wenn dieses Betreiben seinen Ausdruck in weniger protzhaften Glas- und Eirokäten fände.

Für die Wahl Bonns gab nach Wandersleb u.a. auch die Überlegung den Ausschlag, eine Stadt zu haben, wo "der Pulsschlag des Deutschland noch verbliebener Industrie- und Wirtschaftszentrums, eben des Ruhrgebietes, zu spüren ist", und zum anderen "einer Stadt, in der die Deutschen unbeeinflusst von alliierter Einflussphären zu sich selbst finden können. Ist ein Hauch dieser Überlegungen in der Bonner Atmosphäre zu spüren? Ungezählte Bonn-Besucher, Beobachter seiner diplomatisch- und politischen Geschäftigkeit, werden eine solche Frage nicht mit Ja beantworten.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau